

Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

„Hohe Lohnsteigerung bedroht Arbeitsplätze“

Von THORSTEN DUIBMANN

Gütersloh/Münster (gl). Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie (M+E) steht im Zeichen eines massiven Stellenabbaus vor allem in der Autobranche. Vor den Gesprächen mit der Arbeitgeberseite hat der Vorstand der IG Metall das Forderungspaket verabschiedet: Die Gewerkschaft will fünf Prozent mehr Geld. Über die Tarifrunde sprach „Die Glocke“ mit den beiden Vorsitzenden der regionalen M+E-Arbeitgeberverbände, Dr. Peter Westerbarkey (Kreis Gütersloh) und Andreas Busacker (Münsterland).

„Die Glocke:“ Die IG Metall hat ihre Forderungen für die bald startende Tarifrunde aufgestellt. Wo

sehen Sie Konflikte, wo wären Kompromisse denkbar?

Andreas Busacker: Ich sehe Konflikte vor allem bei der Höhe der Lohnsteigerungen, der Arbeitszeitflexibilisierung und der Standortsicherung.

Dr. Peter Westerbarkey: Und letztendlich auch genau da Möglichkeiten für Kompromisse: Wenn es Lohnerhöhungen gibt, müssen sie mit mehr Flexibilität, längerer Laufzeit und Maßnahmen zur Standortsicherung einhergehen. Man wird sich irgendwo in der Mitte treffen müssen.

„Die Glocke“: Die Arbeitgeber sehen die Wettbewerbsfähigkeit der Branche in Gefahr. Welche Lohnerhöhungen halten Sie angesichts der wirtschaftlichen Lage für vertretbar?

Busacker: Unternehmen dürfen dadurch nicht in Wettbewerbs- oder Planungsschwierigkeiten kommen. Das ist der zentrale Punkt. Es geht ja nicht darum, dass wir die Augen vor berechtigten Forderungen verschließen. Wir stehen als Unternehmen einfach aufgrund der multiplen Krisen unter enormem Druck. Folglich müssen die Orientierungspunkte Produktivität, Flexibilität, Inflation und die wirtschaftliche Lage insgesamt sein. Standorte dürfen nicht gefährdet werden.

Westerbarkey: Sehen Sie es uns nach, dass wir keine genaue Zahl nennen können. Darum wird ja jetzt erst mal verhandelt.

„Die Glocke“: Eine Kernforderung der Gewerkschaft ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Wel-

che Folgen hätte ein deutlicher Lohnanstieg für die Beschäftigung?

Westerbarkey: Ein deutlicher Lohnanstieg, und damit eine deutliche Erhöhung der Personal- und Standortkosten, erhöht bei schwacher Auftragslage den Beschäftigungsdruck zusätzlich. Das ganze Konstrukt von Beschäftigung und Personalkosten ist fragil und kann schnell aus der Balance geraten.

Busacker: Man muss sich doch nur mal die Zahlen anschauen: 71 Prozent der M+E-Unternehmen sagen, dass sie aufgrund der schon jetzt hohen Lohnkosten weniger am Standort Deutschland investieren. Das ist alarmierend.

„Die Glocke“: Drohen bei zu hohen Tarifabschlüssen Produktionsverlagerungen ins Ausland oder

ein Abbau von Arbeitsplätzen?

Busacker: Ja, selbstverständlich. Gerade für Unternehmen, die sich im herausfordernden internationalen Wettbewerb befinden, kann eine starke Erhöhung der Lohnkosten die Verlagerung ins Ausland – womöglich in dort bereits bestehende Betriebe – notwendig machen. Zur Wahrheit gehört auch: Die Tariflöhne sind nur ein Faktor. Produktivität, Energiepreise, Steuern, Fachkräftemangel und die Standortqualität insgesamt spielen auch eine große Rolle. Man kann das leicht auf den Punkt bringen: Eine Arbeitsstunde in Deutschland kostet so viel wie drei Arbeitsstunden in Polen. Wir dürfen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter gefährden.

Müssen um mehr Flexibilität ringen

„Die Glocke“: Manche Betriebe der M+E-Branche stehen wirtschaftlich glänzend da, andere stecken in Schwierigkeiten. Wie lassen sich die Beschäftigten dort, wo es gut läuft, am Erfolg beteiligen – und welche Einschnitte wären dort nötig, wo es schlecht läuft?

Westerbarkey: Selbstverständlich sollen Beschäftigte angemessen am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Aber jetzt müssen wir mal die Realität betrachten: Weltweit ist die Produktion seit dem Vorkrisenjahr 2018 um 14 Prozent gestiegen. In Deutschland um 20 Prozent gesunken, in NRW um 28. Betriebe, die sich in schwierigerem Fahrwasser befinden, brauchen vor allem mehr Flexibilität bei Arbeitszeit und Kosten. Um diese Punkte werden wir ringen müssen.

Busacker: Ich kann mich nur wiederholen: Es geht um Standort-sicherung. Darauf muss der Fokus liegen. Dabei gibt es ja auch keinen wirklichen Dissens.



Dr. Peter Westerbarkey vom Arbeitgeberverband Metall- und Elektroindustrie Kreis Gütersloh. Foto: Heller Fotografen & Gestalter



Andreas Busacker vom Verband Münsterländischer Metallindustrieller. Foto: Matthias Rethmann



Fliegen die Funken in der anstehenden Tarifrunde zwischen den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie und der IG Metall? Konfliktpotenzial gibt es reichlich – die Gewerkschaft fordert höhere Löhne, die Vertreter der Unternehmen mahnen zur Mäßigung. Foto: Jens Büttner/dpa

Wettbewerbsfähigkeit und Standorte sichern

„Die Glocke“: Der Druck der Konkurrenz aus dem Ausland wächst, heißt es quer durch die Branche. Was müssen die Tarifparteien vereinbaren, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Metallindustrie zu stärken?

Westerbarkey: Wir müssen gemeinsam anerkennen, dass wir es zurzeit mit besonderen Herausforderungen zu tun haben. Deshalb müssen wir jetzt mehr denn je faire Lohnsteigerungen mit den wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten verbinden. Und wir sollten ein besonderes Augenmerk auf Qualifizierung und Investitionen in Zukunftstechnologien ermöglichen. So können wir Wettbewerbsfähigkeit stärken und Standorte sichern. Wir leben in sehr fragilen Zeiten – niemand weiß, wie die Welt in drei Monaten aussieht.

„Die Glocke“: Warnstreiks sind ein legitimes Druckmittel der Gewerkschaft. Wie schützen Sie die Streikbereitschaft ein?

Busacker: Unser Ziel ist es natürlich, einen Arbeitskampf zu vermeiden und gemeinsam mit der Gewerkschaft tragfähige Lösungen zu finden. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Auf dem Weg zum Kompromiss wird es aber sicher die eine oder andere Hürde geben.

„Die Glocke“: Wäre ein längerer Tarifkonflikt für die Arbeitgeberseite wirtschaftlich verkraftbar?

Westerbarkey: Das wäre absolut schädlich und würde die Betriebe

noch weiter belasten. Produktionsausfälle und Lieferverzögerungen verursachen hohe Kosten. Wir dürfen nicht riskieren, dass in der angespannten Wettbewerbssituation zusätzlich Kunden und Marktanteile verlorengehen. Noch einmal: Es geht um die Erhaltung von Wettbewerbsfähigkeit und damit um die Sicherung von Standorten. Daran haben beide Seiten Interesse!

„Die Glocke“: Wenn die Tarifparteien in einigen Monaten auf diesen Konflikt zurückblicken: Was muss dann aus Ihrer Sicht erreicht worden sein, damit Sie von einem fairen Abschluss sprechen?

Busacker: Eine Tarifrunde ist dann erfolgreich, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam einen Kompromiss erzielen, bei dem sich niemand über den Tisch gezogen fühlt. Klingt so einfach, ist es aber ja selten. Als Unternehmen müssen wir international wettbewerbsfähig bleiben. Sonst geht am Ende das Licht aus, und das will doch niemand.

Westerbarkey: Für uns ist es zentral, dass der erzielte Kompromiss Planungssicherheit schafft, Arbeitsplätze sichert und den Unternehmen Spielraum für notwendige Investitionen in Weiterentwicklungen, vor allem für die Transformation, lässt. Dieser Spielraum ist ein ganz wichtiger Punkt, der häufig vergessen wird. Am Ende geht es um den Erhalt der Zukunft – für beide Seiten.

Steigende Spritpreise

ADAC: 12-Uhr-Regel komplett abschaffen

Berlin (dpa). In der Debatte um hohe Spritpreise bekommt die umstrittene 12-Uhr-Regel an den Tankstellen immer mehr Gegenwind. Auf Vorstoß Schleswig-Holsteins befasst sich der Bundesrat am Freitag mit einer Abschaffung der Tankregel. „Diese Regel hat bislang einfach keinen erkennbaren Entlastungseffekt beim Tanken gezeigt“, sagte Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Die Tankregel habe nicht zu mehr Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit bei den Spritpreisen geführt, sagte Madsen. Nach seinem Eindruck verschafften sich Tankstellen in der Praxis mit einem deutlichen Preissprung einen Puffer für den weiteren Tagesverlauf.

Ähnlich argumentiert der ADAC – der sich für eine komplette Abschaffung der Regel aussprach: Die Regel habe den Zeitpunkt der Preiserhöhung vorhersehbarer gemacht – das habe die Preise aber keinesfalls gesenkt. „Vielmehr hat sich die Preisdifferenz innerhalb eines Tages deutlich ausgeweitet“, hieß es vom Automobilclub.

ADAC-Experte Stefan Gerwens

erklärte bei einer Veranstaltung in Berlin, dass im September zwischen den höchsten und den niedrigsten Tagespreisen für einen Liter Diesel 17 Cent Unterschied lagen. Das Preisspektrum sei damit höher als noch vor der 12-Uhr-Regel. „Verbraucher, die mittags tanken müssen, weil sie zum Beispiel auf einer längeren Strecke unterwegs sind, erleben krasse Preissprünge“, sagte Gerwens.

Die Tankregel – sie erlaubt eine Preiserhöhung nur noch einmal am Tag bis 12 Uhr – ist seit ihrer Einführung im April umstritten. Mitte August forderten auch die freien Tankstellen die Abschaffung der Regel. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) fand in einer Studie heraus, dass die Tankregel der Mineralölindustrie zusätzliche Gewinne verschafft. Bei Superbenzin lag die Gewinnmarge in den ersten zwei Wochen nach Einführung der Regel demnach im Schnitt um 6 Cent pro Liter höher als in den zwei Wochen davor. Für Diesel fanden die Forscher des ZEW keinen eindeutigen Effekt.



Seit April dürfen nur um 12 Uhr die Spritpreise an den Tankstellen erhöht werden. Die Regel ist seither umstritten – nun werden die Forderungen nach ihrer Abschaffung lauter. Foto: B. Weißbrod/dpa

Bierbrauer

Warsteiner streicht jede sechste Stelle

Warstein (lnw). Der schwächelnde Bierabsatz führt bei der Warsteiner-Brauerei zu einem herben Personalabbau. Wie die Haus Cramer Gruppe als Eigentümer der Brauerei mitteilte, sollen bis Jahresende 125 Arbeitsplätze wegfallen. Die Anzahl der Jobs wird dadurch auf 600 sinken.

Damit schrumpft der Bierkonzern weiter. Im Sommer schloss die Haus Cramer Gruppe ihre Brauerei in Herford, außerdem wurde der Verkauf der Paderborner Brauerei eingeleitet. Von diesen beiden Maßnahmen waren insgesamt 211 Arbeitskräfte betroffen. Damals hieß es, man konzentriere die Bierproduktion auf den Stammsitz in Warstein. Die Biermarken Herforder und Paderborner bleiben zwar erhalten, deren Bierproduktion wird aber verlagert: Herforder wird schon jetzt in Warstein gebraut und Paderborner soll dort gebraut werden, wenn der Standort Paderborn verkauft oder – sollte sich kein Käufer finden – geschlossen worden ist.

Personal wurde in Warstein wegen des Herforder-Bierbrauens

nicht aufgebaut – im Gegenteil, es wird nun abgebaut. Die bisherigen Schritte tragen Firmenangabe zufolge zwar zu einer Entlastung bei. Wegen des schwierigen Marktumfeldes seien aber zusätzliche Maßnahmen erforderlich, „um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig auszubauen“.

An geplanten Investitionen halte man fest, etwa für eine Entalkoholisierungsanlage für alkoholfreies Bier – dieses Getränk wird bislang in Paderborn hergestellt. Auch die Investition in eine Windkraftanlage, deren Strom Warsteiner nutzen will, wird weiter umgesetzt. „Wir steuern jetzt gegen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens dauerhaft wiederherzustellen“, sagt Haus-Cramer-Chef Bodo-Joachim Wendenburg. „Dazu gehört leider auch die Anpassung der Belegschaft an die insgesamt gesunkenen Absatzmengen.“ Er verweist auf die branchenweite Nachfrageschwäche – der Bierabsatz in Deutschland sei in den vergangenen zehn Jahren um 19 Prozent zurückgegangen. Diese Entwicklung treffe auch die Haus Cramer Gruppe.

Stellenangebote

Schwere Zeiten für Berufseinsteiger

Düsseldorf (dpa). Für Berufsanfänger ist der Weg ins Arbeitsleben deutlich schwieriger geworden. Nach einer Analyse der Online-Jobbörse Indeed haben sich die Stellenangebote für Einstiegsjobs seit dem Rekordjahr 2022 um zwei Drittel verringert. Die Zahl aller Stellenangebote sei hingegen nur um gut ein Drittel (39 Prozent) zurückgegangen. Der Rückgang bei den Einstiegsjobs zieht sich durch fast alle Bereiche, wie Indeed mitteilte. In 26 der 28 untersuchten Berufsgruppen sei das Angebot seit 2022 gesunken, in 23 davon stärker als der Gesamtmarkt. Am härtesten trifft es demnach Wissensberufe beziehungsweise Bürojobs: Im Marketing sank das Angebot um 75 Prozent, bei IT-Anwendungen und -Lösungen um 77 Prozent und im Projektmanagement um 60 Prozent.

Dialysekonzern

Fresenius meldet Hacker-Angriff

Bad Homburg (dpa). Der Dialysekonzern Fresenius Medical Care aus Bad Homburg ist Opfer eines Hackerangriffs geworden. Das Unternehmen untersuche derzeit „einen Cybersecurityvorfall, bei dem es zu einem unbefugten Zugriff auf eine begrenzte Anzahl interner Systeme gekommen ist“, teilte der Dax-Konzern mit. „Der Vorfall hatte keine Auswirkungen auf Medizinprodukte, die Patientenversorgung, die Produktion oder auf den laufenden Geschäftsbetrieb.“ Man habe umgehend Maßnahmen ergriffen, um die Situation einzudämmen und zu beheben. Zudem habe Fresenius Cybersecurityexperten hinzugezogen und die Strafverfolgungsbehörden informiert. Angaben zu weiteren Details, etwa zur Höhe des Schadens oder ob Daten abgegriffen wurden, machte der Konzern nicht.

Hendrik Holt

Windkraftbetrüger in Dubai gefasst

Osnabrück (dpa). Der geflohenen Windkraftbetrüger Hendrik Holt ist in Dubai festgenommen worden. Das teilte die Staatsanwaltschaft Osnabrück mit. Der Gesuchte sei aufgrund der gemeinsamen Fahndungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Osnabrück und der Direktionsfahndung der Zentralen Kriminalinspektion Osnabrück festgenommen worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Holt befinde sich auch noch in Dubai. In einem nächsten Schritt müssten die Auslieferungunterlagen übermittelt werden. Holt war auf der Flucht, seit er am 25. August von einem genehmigten Ausgang nicht in die Justizvollzugsanstalt in Berlin zurückkehrte, in der er untergebracht war. Nach dem aus dem emsländischen Haselünne stammenden Betrüger wurde weltweit mit einem europäischen Haftbefehl gefahndet.

dm-med

Gericht prüft Streit um Onlineapotheke

Karlsruhe (dpa). Das Landgericht Karlsruhe prüft, ob die Drogeriemarktkette dm ihre Online-Apotheke weiter betreiben darf. „Es geht um ein ganzes Geschäftsmodell“, machte der Vorsitzende Richter Steffen Wesche deutlich. Nicht nur um einen Werbeauftritt. Im Kern steht die Frage, ob der Internetauftritt von dm und der vor nicht mal einem Jahr gegründeten Versandapotheke dm-med getrennt genug sind. Das Karlsruher Unternehmen hatte kurz vor Weihnachten 2025 angefangen, nicht verschreibungs-, aber apothekenpflichtige Medikamente online zu verkaufen. Dafür hat es eine Tochtergesellschaft in Tschechien gegründet. Der Online-Shop dm-med ist über die dm-Homepage erreichbar und wird dort als Partner bezeichnet. Geklagt hat der Verein Wettbewerbszentrale.